



Medienmitteilung

Zürich, 2. September 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 5. September 2022

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag ausnahmsweise über ein Fristerstreckungsgesuch diskutieren, bevor der Regierungsrat im Parlament verschiedene Fragen zu Flugshows und Feuerwerk am Züri-Fäscht beantworten wird. Ebenfalls zu reden geben dürften die Bewilligung eines Rahmenkredits für das Freiraumkonzept Fil Bleu Glatt und die PI zur datenbasierten Energieplanung für Gemeinden. Nach der unumstrittenen Abschreibung eines Postulats stehen bis zum Sitzungsende weitere Vorstösse auf dem Programm, welche die Baudirektion betreffen.

Dringende Fragen zu Flugshows und Feuerwerk am Züri-Fäscht

FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois hat mit Unterstützung der SVP dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem Züri-Fäscht gestellt. Konkret geht es um Verbote von Flugshows und Feuerwerk sowie das Mitspracherecht des Kantons bei diesem Anlass. Da es sich beim Vorstoss um eine dringliche Interpellation handelt, wird Regierungspräsident Ernst Stocker die Antworten am Montagmorgen persönlich vortragen ([KR-Nr. 242/2022](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Rahmenkredit für das Freiraumkonzept Fil Bleu Glatt soll bewilligt werden

Das Glatttal gehört in der Schweiz zu den Regionen mit der höchsten Entwicklungsdynamik. Durch die laufende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung steigt der Druck auf die vorhandenen Grün- und Erholungsräume. In diesem Zusammenhang führte die Glatt bisher eher ein Schattendasein. Mit dem Freiraumkonzept Fil Bleu Glatt soll das Gewässer von Dübendorf bis Opfikon revitalisiert und der siedlungsnahe Erholungsraum entlang des Gewässers aufgewertet und besser zugänglich gemacht werden. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, den Rahmenkredit für das Freiraumkonzept Fil Bleu Glatt zu bewilligen ([5782](#)). Eine Kommissionsminderheit aus EDU und SVP findet das Projekt grundsätzlich gut, möchte die Vorlage aber an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückweisen, damit 10 Millionen Franken aus der ZKB-Jubiläumsdividende für die Aufwertung und Erschliessung dieses siedlungsnahe Erholungsraums verwendet werden können.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Minderheit: Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26

Verbraucher und Energieversorger sollen bei Energieplanung mitwirken

Die Mitwirkungspflicht von Verbrauchern und Energieversorgern bei der Energieplanung der Gemeinden soll gesetzlich verankert werden. Dies beantragt die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) mit 9 zu 6 Stimmen ([KR-Nr. 414/2019](#)). Sie folgt damit den Forderungen einer entsprechenden parlamentarischen Initiative (PI) von Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer. Für eine zukunftsweisende kommunale Energieplanung, insbesondere für die Planung von Versorgungsnetzen, seien die Gemeinden auf die Partizipation der Energieversorger und der Verbraucher angewiesen. Die Kommissionsmehrheit teilt die von der Regierung in ihrer offiziellen Stellungnahme festgehaltene Meinung, dass es dabei möglich sei, die persönlichen Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Eine Minderheit aus FDP und SVP lehnt die abgeänderte PI ab. Die Gemeinden verfügten gemäss Auskunft der Verwaltung bereits heute über alle benötigten aggregierten Daten für die Energieplanungen. Probleme seien nicht bekannt, die Gesetzesänderung sei also gar nicht nötig. Die Minderheit sieht sich nach Anhörung der kantonalen Datenschützerin zudem darin bestätigt, dass die Erhebung von spezifischen Daten zum Energieverbrauch äusserst heikel sei.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Grossmünster soll behindertengerecht ausgebaut werden

Keine lange Diskussion dürfte die Abschreibung eines Postulats zum behindertengerechten Ausbau des Grossmünsters in Zürich auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das von SP-Kantonsrat Davide Loss mit Unterstützung der Mitte eingereichte Postulat als erledigt abzuschreiben ([5787](#)). Mit diesem war die Regierung eingeladen worden, insbesondere die Wege behindertengerecht auszugestalten und eine behindertenfreundliche Toilette einzurichten. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und die Anliegen des Postulats vollumfänglich in eine entsprechende Massnahmenplanung einfliessen lassen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Vorstösse zu Infrastruktur für Elektrofahrzeuge, Denkmalschutz und Zugverbindungen

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Baudirektion betreffen. GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig fordert, unterstützt von der EVP, dass das Merkblatt sia 2060 (Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden) für Neubauten verbindlich erklärt wird ([KR-Nr. 127/2020](#)). SVP-Kantonsrat Pierre Dalcher verlangt mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP eine Revision des Denkmalschutzgesetzes, die öffentliche Interessen wie Verdichtung, Wachstum und energetische Sanierungen stärker berücksichtigen soll ([KR-Nr. 153/2020](#)). Und Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen, fordert mit Unterstützung von SP und GLP, die Regierung solle mit einer Teilrevision des Richtplans dafür sorgen, dass der Wirtschaftsraum Zürich durch direkte Zugverbindungen an möglichst viele europäische Wirtschaftsräume angebunden wird ([KR-Nr. 167/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, alle Vorstösse entgegenzunehmen. Weil die FDP Ablehnung des GLP-Vorstosses beantragt hat und die beiden anderen Erstunterzeichner mit

einer Umwandlung ihrer Motionen in Postulate nicht einverstanden waren, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren), 079 213 23 07

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

Fristerstreckungen:

Gleich zu Beginn der Sitzung steht ein Fristerstreckungsgesuch des Regierungsrates auf dem Programm. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Gesuch zu einem von SVP-Altkantonsrat Benjamin Fischer eingereichten Postulat betreffend Einführung eines Notstandsgesetzes zu genehmigen ([5839](#)). Anders als bei Fristerstreckungen sonst üblich, beantragt die GPK jedoch, das Geschäft nicht im schriftlichen Verfahren, sondern als freie Debatte zu behandeln.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12